

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Historische Stunde für Europa

Die Staats- und Regierungschefs der 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der drei Beitrittsländer Österreich, Finnland und Schweden waren am 9. und 10. Dezember zum Abschluß der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Gäste von Bundeskanzler Helmut Kohl in Essen.

Erstmals wurden zum Abschluß des EU-Gipfels auch die Staats- und Regierungschefs der mittel- und osteuropäischen Staaten Polen, Tschechien,

Die wichtigsten Ergebnisse des EU-Gipfels in Essen

Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu einem Meinungsaustausch eingeladen. Bundeskanzler Helmut Kohl warnte vor „westlichem Euro-Pessimismus“; vielmehr biete die Entwicklung Europas Anlaß zu einem „realistischen Optimismus“. Mit Europa gehe es deutlich vorwärts. Den Essener Gipfel bewertete er wegen der angenommenen Strategie für die EU-Osterweiterung als „historische Stunde für die EU und Europa“. Auf dem Essener Gipfel wurden folgende wichtige Ergebnisse erzielt:

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Europa

Bundeskanzler Helmut Kohl: Unser Ziel ist eine tragfähige und dauerhafte Sicherheitsordnung für ganz Europa. Seite 3

● Sozialdemokraten

Generalsekretär Peter Hintze: Keine eindeutige Absage an die PDS. Seite 7

● Konjunktur

Der wirtschaftliche Aufschwung setzt sich 1995 verstärkt fort. Seite 12

● 9. Jugendbericht

Claudia Nolte: Die Jugend in den neuen Ländern hat den tiefgreifenden Umbruch in Deutschland gut bewältigt. Seite 24

**Frohe Weihnachten
und ein glückliches
und erfolgreiches
neues Jahr!**

Die nächste
UiD-Ausgabe erscheint
in der zweiten
Januar-Woche 1995.

Strategie für die Osterweiterung der Europäischen Union:

Fortsetzung von Seite 1

● Die Staats- und Regierungschefs der Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) werden einmal im Jahr zu einem EU-Gipfel eingeladen.

● Die Außen- und Innenminister der MOE-Staaten werden einmal im Halbjahr zu den jeweiligen EU-Ministerratsitzungen eingeladen.

● Die EU begleitet die Vorbereitungen der MOE-Staaten auf den EU-Beitritt in den nächsten 5 Jahren mit jährlich mindestens 1,1 Mrd. ECU (etwa 2 Mrd. DM).

● Erstellung eines Weißbuches bis zum nächsten EU-Gipfel im Juni 1995 in Cannes, in dem die notwendigen Anpassungsschritte der MOE-Staaten aufgelistet werden.

● Aushandeln von Europa-Verträgen mit Slowenien und den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, mit deren Abschluß sie den anderen sechs assoziierten MOE-Staaten gleichgestellt werden.

● Malta und Zypern werden der nächsten Gruppe von Beitrittsländern angehören.

● Die Aufnahmeverhandlungen mit den MOE-Staaten werden mit jedem Land individuell geführt.

Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit:

Schaffung von mindestens 15 Millionen Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2000 durch:

● Weitere Deregulierungsmaßnahmen.

● Verbesserung der Ausbildungssysteme, insbesondere der Berufsbildung.

● Orientierung der Lohnkostenentwicklung am Produktivitätsfortschritt.

● Senkung der Lohnnebenkosten.

● Neue Formen der Arbeitsorganisation und Erschließung neuer Beschäftigungs-

felder (z. B. Umweltschutzbereich, soziale Dienstleistungen).

● Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit bei Frauen und älteren Arbeitnehmern.

● Bekämpfung von Inflation und Staatsverschuldung durch konsequente Stabilitätspolitik zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion.

● Berufung eines Rates für Wettbewerbsfähigkeit, vornehmlich zusammengesetzt aus Vertretern der Industrie.

● Beschleunigter Ausbau transeuropäischer Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze.

Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik:

● Abschluß der Europol-Konvention bis zum nächsten EU-Gipfel im Juni 1995 in Cannes. Die bestehende Europol-Drogeneinheit soll auch für Atomschmuggel, Menschenhandel und Autoschiebereien zuständig werden.

● Bekämpfung von Betrugereien mit EU-Mitteln.

● Inkraftsetzen des Schengener Abkommens bis Ende März 1995 (Abschaffung der Personenkontrolle an den Binnengrenzen; gemeinsames Verfahren für die Kontrollen an den Außengrenzen).

Bosnien-Politik:

● Bestätigung des modifizierten Friedensplans der internationalen Kontaktgruppe, bestehend aus USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

● Kein Rückzug der UNO-Schutztruppen, da sonst Massaker unter der Zivilbevölkerung drohen würden.

● Appell an die serbische Regierung in Belgrad und an die bosnischen Serben, die humanitäre Hilfe an die Bevölkerung in Bosnien angesichts des bevorstehenden Winters sicherzustellen. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Unser Ziel ist eine tragfähige und dauerhafte Sicherheitsordnung für ganz Europa

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf dem KSZE-Gipfel in Budapest für eine Stärkung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa plädiert und sie zusammen mit EU und NATO als Fundament für eine dauerhafte Friedensordnung gewürdigt. Der Bundeskanzler sagte unter anderem:

Vor allem steht noch immer eine friedliche Lösung für den Krieg im ehemaligen Jugoslawien aus. Leid und Tod beherrschen die Lage besonders in Bosnien. Ich richte daher auch von hier den eindringlichen Appell an die Führung der bosnischen Serben, im Interesse aller Menschen in Bosnien den Krieg zu beenden, humanitäre Hilfe uneingeschränkt zuzulassen und sich dem Friedensplan der Kontaktgruppe anzuschließen.

Wir sind uns bewußt, daß in dieser Zeit des Übergangs niemand den Anspruch erheben kann, ein perfektes Modell für die künftige europäische Sicherheitsordnung zu haben. Entscheidend ist jedoch, daß wir klare Ziele und feste Prinzipien für die Gestaltung Europas haben und daß wir diese Ziele nicht nur verbal darstellen, sondern auch umsetzen. Diese sind in der KSZE-Schlußakte von Helsinki und in der Charta von Paris für ein neues Europa niedergelegt.

Ich nenne nur die wichtigsten:

- Beachtung der Menschen- und Minderheitenrechte,

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,
- wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung,
- Achtung der territorialen Integrität der Staaten.

Unser Ziel ist und bleibt es, eine tragfähige und dauerhafte Sicherheitsordnung für ganz Europa zu schaffen, in der es keine neuen Trennlinien, aber auch kein Streben nach neuen Einflußzonen geben darf. Daher wollen und müssen wir die KSZE weiter ausbauen und stärken. Die KSZE soll zukünftig Vorrang haben bei der Friedenswahrung in ganz Europa.

Zusammen mit der KSZE sind vor allem die Europäische Union und die Atlantische Allianz Fundamente einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ganz Europa, die wir gemeinsam anstreben.

Auf diesem Wege leisten sie durch Integration und Zusammenarbeit mit den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa einen wesentlichen Beitrag. Insofern sind die schrittweise Erweiterung von NATO und von Europäischer Union auch Teil eines gesamteuropäischen Sicherheitskonzeptes. Dies verlangt — und das will ich an dieser Stelle nochmal ausdrücklich unterstreichen — zugleich eine intensive Partnerschaft auf breiter Grundlage mit den Ländern Osteuropas, insbesondere mit Rußland und der Ukraine.

Beweis für die Erneuerungsfähigkeit der Christlich Demokratischen Union

Anlässlich des Grundsatzbeschlusses zur Beteiligung von Frauen in der CDU auf dem Bundesparteitag in Bonn erklärte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth:

Der Erfolg auf dem Bundesparteitag ist ein erster Etappensieg. Es gibt auch kein Zurück mehr hinter diesen Richtungsbeschluss, nach dem zukünftig mindestens ein Drittel der Listenplätze mit Frauen besetzt und bei parteiinternen Wahlen mindestens ein Drittel der Stimmen für Frauen abgegeben werden sollen. Mit dieser ab 1995 verbindlichen Verfahrensregelung werden die Beteiligungsmöglichkeiten der Frauen entscheidend verbessert.

Das zeigt sich u. a. auch daran, daß auch bei Wahlkreiskandidaturen Frauen zu einem Drittel vertreten sein sollen. Bereits jetzt, vor der Satzungsänderung auf dem Reformparteitag im Herbst 1995, sind schon alle Ebenen aufgefordert, Frauen zu einem Drittel zu beteiligen.

Der nun vorliegende Richtungsbeschluss ist ein Beweis für die Erneuerungsfähigkeit unserer Partei. Das Beschreiten neuer Wege ist auch ein Akt der Glaubwürdigkeit: Wer sich zur Gleichberechtigung bekennt, aber die nötigen Schritte nicht geht, wird von Frauen nicht mehr ernstgenommen.

Ich bin überzeugt, daß der Quotenbeschluss ein Signal ist an die Frauen. Doch die CDU muß auch ihre Arbeitsformen verändern und die Themen aufgreifen, die den Frauen unter den Nägeln brennen. Dann wird es leichter sein, auch die Frauen für die Politik zu gewinnen, die sich schon heute in anderen Feldern enga-

gieren, in Initiativ- und Projektgruppen, oft außerhalb der Parteien.

Frauen setzen in der Politik oft andere Akzente. Sie nehmen die langfristige Wirkung politischer Entscheidungen stärker in den Blick und sind offener für ganzheitliche Ansätze. Das kann für die CDU nur lohnend sein, mehr Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen.

Ein deutliches und positives Signal ist bereits, daß sich die Zahl der weiblichen Mitglieder im Bundesvorstand der CDU auf 33,3 erhöht hat. Das ist auch der deutlichen Unterstützung durch die Frauen-Union zu verdanken.

Kommentar

Weg frei für Frauen

Es ist gleichgültig, ob man es Quorum oder Quote nennt — fest steht: Die CDU hat gut daran getan, eine Regelung auf den Weg zu bringen, die Frauen den Aufstieg in der Partei erleichtern kann. Denn nachdem das Thema einmal auf der Tagesordnung stand, hätte ein Nein der Delegierten den Wasser auf die Mühlen gegeben, die die Christdemokraten als rückschrittlich, wenn nicht gar frauenfeindlich sehen.

Dennoch hat die Debatte zu diesem Thema gezeigt, daß diese Frage in einigen Jahren nicht mehr aktuell sein dürfte. Gerade die jungen Frauen sehen sich nämlich nicht diskriminiert, sondern für ihr Engagement angemessen bewertet und bei der Amtervergabe ausreichend berücksichtigt. Sie sind zuversichtlich, allein durch ihr Können zu überzeugen.

Allerdings sollten die Gegner einer Quorums-Regelung sich nicht dazu verleiten lassen, Quote und mangelnde Qualität ▶

Große Mehrheit für Quorum-Regelung

63 Prozent aller Bundesbürger begrüßen den Grundsatzbeschluss des Bonner CDU-Parteitags zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU

und nur 35 Prozent halten ihn für falsch. Eine von dem Privatfernseher ntv bei Emnid in Auftrag gegebene Meinungsbefragung im einzelnen:

	Total			Parteipräferenz				
		West	Ost	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne Bü. '90	Nicht- wähler
	%	%	%	%	%	%	%	%
richtig	63	63	61	59	67	42	67	65
falsch	35	34	39	39	32	58	31	29
keine Angabe	2	3	0	2	0	—	2	6
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100
Basis (= 100%)	915	720	195	314	267	39	62	160

	Geschlecht		Alter			Schulbildung des Befragten		
	M	W	18–29 Jahre	30–59 Jahre	60 + Jahre	niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%	%	%	%	%
richtig	58	67	62	61	65	69	58	52
falsch	40	31	35	36	34	29	39	46
keine Angabe	2	2	3	3	1	2	3	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100
Basis (= 100%)	432	483	189	481	244	466	266	183

Befragungszeitraum: 28. November bis 29. November 1994.

► *grundsätzlich gleichzusetzen. Denn wenn der Parteitag im kommenden Jahr tatsächlich eine entsprechende Satzungsänderung beschließen sollte, könnte sich für Frauen ein entscheidender Vorteil zeigen: Fähige Christdemokratinnen müssen dann bei der Vergabe von Ämtern und Mandaten berücksichtigt werden — auch wenn sie sich nicht an den zeitraubenden „Kugelnrunden“ beteiligen, in denen gern die Personalfragen ausgehandelt werden. Dafür nämlich dürften die wenigsten Frauen Zeit haben, da ihre Kraft zumeist nicht nur in der Politik, sondern auch in Familie und/oder Beruf gebraucht wird.*

Gerade der heftige Widerstand vieler junger Frauen gegen die Quorums-Regelung zeigt, daß das knappe Ergebnis der Abstimmung — 416 Delegierte votierten dafür, 361 dagegen — nicht allein als Indiz für verkrustete Strukturen, gar patriarchalisches Denken in der CDU gewertet werden kann. Gleichwohl steht der Partei noch eine schwierige Aufgabe bevor, wenn sie verstärkt weibliche Wähler gewinnen will. Wenn Frauen ihre Wahlentscheidung auch nicht allein von den „Frauenthemen“ abhängig machen, so dürfte das beste Mittel eine Politik sein, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Die Welt

Kommentare

Hintertürchen

Mag der öffentliche Streit noch so heftig sein, in ihren Parteigremien findet die SPD am Ende immer noch einen Formelkompromiß, der den Frieden wiederherstellt. Bis dann die nächste Sau durchs Dorf getrieben wird. Vor diesem Erfahrungshintergrund sollte man auch den Beschluß zum Umgang mit der PDS bewerten. Die Sache scheint auf den ersten Blick klar zu sein: Die PDS ist Gegner und Konkurrent, mit ihr geht man keine Bündnisse oder gar Koalitionen ein, schließt keine Abkommen und verabredet keine gemeinsamen Initiativen. Erlaubt sind nur „normale parlamentarische Kontakte“, etwa in den Ältestenräten der Parlamente. Oder in Kommunen, sofern die Kommunalverfassungen einen bestimmten Grad der Zusammenarbeit erzwingen. Man darf gespannt sein, wie viele Hintertürchen sich bei diesem Abgrenzungskonzept noch öffnen werden.

Die Welt

Papier ist geduldig

Die SPD schreibt sich ihre Welt zurecht. Unentwegt produziert sie Papiere wie den Beschluß zur Abgrenzung von der PDS, mit dem Rudolf Scharping sich und seiner Partei zweckdienlich suggeriert: nun sei sie ad acta gelegt. Die Debatte.

Neue Rhein-Zeitung

... hätte den Beschluß gern schärfer gefaßt

Kurz- und langfristig ist es für die SPD auch unerläßlich, ihr Verhältnis zur SED-Nachfolgepartei PDS zu klären. Es bleibt abzuwarten, ob der in Bonn gefaßte Beschluß ausreicht. Scharping, der ihn gern schärfer gefaßt hätte, hat sich gegen die Bedenken der ostdeutschen SPD-Politiker, aber auch jene von Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine nicht voll durchset-

zen können. Jedenfalls ist von der „Dresdner Erklärung“ nicht mehr die Rede, in der Scharping und die östlichen SPD-Spitzenpolitiker noch im August formuliert hatten: „Eine Zusammenarbeit mit der PDS kommt für uns nicht in Frage.“

Stuttgarter Zeitung

Weich und unverbindlich

Auf die von Rudolf Scharping anvisierte „strikte Trennlinie“ wird ohne weitere Begründung verzichtet, sie wird durch weichere und verbindlichere Formulierungen ersetzt.

Frankfurter Neue Presse

Im Dilemma

Im Osten Deutschlands ... droht der SPD der Zwanzig-Prozent-Turm, wenn es ihr nicht gelingt, überzeugender als die PDS die Rolle der sozialen Schutzmacht zu spielen. Will sie sich nicht auf einen Wettbewerb in Demagogie, im Radikalismus des Forderns einlassen, sind ihr in der Sache allerdings Grenzen gesetzt. Was „Abgrenzung“ von der PDS bedeutet, läßt sich formal festlegen: keine Koalitionen, keine gemeinsamen parlamentarischen Initiativen. Es ersetzt aber nicht die Abkehr von jenen simplen, für viele Sozialdemokraten immer noch verführerischen Denkmustern, mit denen die SED-Erben operieren.

Frankfurter Allgemeine

Niederlage Scharpings

Das SPD-Papier zur PDS hat einen entscheidenden Fehler: Es ändert nichts. Rudolf Scharping kann nach wie vor ungestört und kaum gehört gegen ein Bündnis mit den SED-Söhnen plädieren. Den ostdeutschen Landesverbänden bleibt es freigestellt, mit der Partei der Hungerkünstler nach Belieben Tolerierungen, Bündnisse, Kooperationen, ja sogar, wie in der Stadt Weimar, Beinahe-Koalitionen zu vereinbaren, wenn es denn Machterhaltung oder -gewinn dient. Man kann den Beschluß als Niederlage Scharpings interpretieren.

General-Anzeiger, Bonn

Generalsekretär Peter Hintze:

Keine eindeutige Absage an die PDS

Der Beschluß des SPD-Vorstandes zur PDS ist keine Klarstellung der Position, sondern ein Dokument des Dilemmas. Anders als ursprünglich vorgesehen, hat der Parteivorstand keine eindeutige Absage an die PDS beschlossen, sondern einen Wackelpudding dehn- und deutbarer Formulierungen.

Auf die Dresdner Erklärung vom Sommer wird gar kein Bezug mehr genommen. In vielen Sprachregelungen wird deutlich, daß sich die Weichmacher in der SPD gegenüber Scharping durchgesetzt haben. Und selbst da, wo von „Abgrenzung“ die Rede ist, wird auf andere „konkurrierende Parteien“ verwiesen: die SPD in der Äquidistanz zwischen der kommunistischen PDS und demokratischen

Parteien. Der Beschluß von heute ist das Papier nicht wert, auf dem er steht, solange in Sachsen-Anhalt die Tolerierung der Regierung Höppner durch die PDS nicht beendet wird. Es ist Irreführung der Öffentlichkeit, in feierlichen Erklärungen Koalitionen mit der PDS abzulehnen, in Magdeburg aber gleichzeitig eine solche Koalition im Tarnmantel zu unterhalten.

Nach wie vor versucht Scharping den Spagat zwischen Flügeln seiner Partei. Damit muß Schluß sein. Die SPD muß Auskunft darüber geben, ob sie sich in Richtung politische Mitte orientieren will oder weiter nach links in Richtung PDS. Sie muß deutlich machen, ob für sie die Gemeinsamkeit der Demokraten wichtiger ist oder die Gemeinsamkeit der Linken.

Asylbewerberzahlen im November

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im November 1994 12.056 Personen (Vormonat: 10.237 Personen) Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 1.819 Personen gestiegen.

Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (November 1993: 16.137 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber um 4.081 Personen (= 25,3 Prozent) zurückgegangen.

Der Anstieg von Oktober 1994 auf

November 1994 geht im wesentlichen auf einen höheren Zugang von Asylbewerbern aus dem Bereich des ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei und aus Togo zurück. Für den Anstieg von Asylbewerbern aus dem Bereich des ehemaligen Jugoslawien dürfte die Ausweitung der Kriegshandlungen ursächlich sein.

Im Zeitraum von Januar bis November 1994 haben nunmehr insgesamt 115.024 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (Januar bis November 1993: 308.551 Personen) bedeutet dies einen Rückgang um 193.527 Personen (= 62,7 Prozent).

Wenn Magdeburg Modell würde ...

So werden die Wähler in die Arme der PDS getrieben

Am 22. November hat Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Jürgen Gramke bei Ministerpräsident Reinhard Höppner um seine Entlassung nachgesucht. Er begründete seinen Rücktritt mit dem Einfluß der PDS auf die Regierungspolitik in Sachsen-Anhalt: Die rot-grüne Minderheitsregierung unter Reinhard Höppner gebe „der PDS in der Frage Mehrheitsbeschaffung einen so starken indirekten Einfluß“, daß er es nicht mehr mittragen könne, so Gramke. (Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 23.11.1994)

Für eine Große Koalition

Gefragt, ob es denn wirklich Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS oder nicht doch eine Abgrenzung gebe, antwortete Gramke: „Das ist de facto natürlich [...] eine bestimmte Form der Zusammenarbeit und damit eine Situation, daß man nach außen wenig erklären kann, wo ist denn die Abgrenzung.“ (Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 23.11.1994)

Für den zurückgetretenen SPD-Politiker gibt es keinen Zweifel, daß die PDS „überhaupt nicht mit Grundsätzen übereinstimmt, die unseren Staat tragen“. (Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 23.11.1994) Deshalb tritt Gramke unmißverständlich für eine Große Koalition in Sachsen-Anhalt anstelle der de-facto-Koalition von SPD, Grünen und PDS ein. Gramke wörtlich: „Ich meine, daß Zukunftsfähigkeit des

Landes mit einer breiten demokratischen Mehrheit zusammenhängt.“ (ZDF, heute, 22.11.1994)

Das Echo auf dieses Bekenntnis war gewaltig: „Anfang vom Ende?“ überschrieb DIE ZEIT ihren Artikel über den Rücktritt des SPD-Wirtschaftsministers. Weiter heißt es dort: „Der Ausstieg des 56jährigen Juristen Gramke, den es nicht einmal drei Monate im Amt hielt, stellt für Höppner [...] eine schwere Schlappe dar, die sich zu einer ernststen Regierungskrise ausweiten könnte. Der Hintergrund: Gramke verband seinen Rückzug mit einer geradezu vernichtenden Kritik an den Magdeburger Verhältnissen.“ (Die Zeit, 25.11.1994).

Ein Alarmsignal

„Kurswechsel fällig“, lautete die — vielfach variierte — Überschrift im Kommentar des Handelsblattes, in dem es weiter heißt: „Gramkes Rücktritt ist ein Alarmsignal, das auch auf bundespolitischer Ebene nicht unterschätzt werden sollte. [...] Die SPD hat sich mit ihrer Anbiederung an die Gysi-Partei, die damit nur aufgewertet wird, schneller als erwartet die Finger verbrannt. Heute ist klarer als je zuvor, daß das Scharping-Experiment, in Sachsen-Anhalt auf die PDS zuzugehen, zum Scheitern verurteilt ist.“ (Handelsblatt, 23.11.1994)

Der Berg der ungelösten und von der Minderheitsregierung immer weiter vor sich her geschobenen Probleme des Landes Sachsen-Anhalt wächst. Sachsen-Anhalt ist inzwischen Spitzenreiter bei

der öffentlichen Verschuldung. Doch die notwendigen Einsparungen sind mit der PDS nicht zu machen. Im Gegenteil: Die PDS rühmt sich laut einem Bericht des Handelsblattes in diesen Tagen damit, „im Streit um die Finanzausstattung der Kommunen Mehrausgaben von rund 100 Mill. DM durchgesetzt“ zu haben. (Handelsblatt, 30.11.1994) Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der gegenwärtigen Magdeburger Verhältnisse sind offensichtlich: „Unternehmer beklagen den Stillstand der Wirtschaftspolitik, Investoren beginnen, Sachsen-Anhalt zu meiden.“ (Die Welt, 30.11.1994) Das politische Fazit aus dem Blickwinkel des zurückgetretenen Wirtschaftsministers Gramke: „Die Wähler werden nach meiner Ansicht fast in die Arme der PDS getrieben“. (Magdeburger Volksstimme, 23.11.1994)

Fazit aus der Sicht der meisten Beobachter: „Im Interesse des Landes sollte Höppner den Gramke-Rücktritt zum Anlaß nehmen, ähnlich wie in Schwerin und Erfurt einen Kurswechsel Richtung große Koalition einzuleiten.“ (Handelsblatt, 23.11.1994)

Echter Wackelpudding

Am 5. Dezember hat der SPD-Vorstand einen Beschluß zum weiteren Umgang mit der PDS gefaßt — ein echter Wackelpudding dehn- und deutbarer Formulierungen. So wundert es auch nicht, daß bereits widersprüchliche Interpretationen

Zitat

Abgrenzung der SPD zur PDS ist ein völlig scheinheiliger Versuch, ihre Mitglieder in den alten Ländern zu beruhigen.

Angela Merkel, stellvertretende CDU-Vorsitzende

Zitat

Ich habe den Eindruck, die letzte von der SPD begrüßte technologische Neuerung war die Einführung des Farbfernsehens vor knapp 30 Jahren.

Der designierte IG-Chemie-Vorsitzende Hubertus Schmoldt zum Kurs der Sozialdemokraten

im Umlauf sind. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Höppner wehrt sich weiterhin gegen eine grundsätzliche Abgrenzung zur PDS; vor allem aber verwahrt er sich mit scharfen Tönen gegen eine Einmischung der Bundespartei.

SPD am Scheideweg

In der Manier der neuen Spalter, die bisher vor allem im Lager der PDS zu finden waren, kritisierte Höppner seine Bonner Parteiführung: „Nachdem uns der Westen den Staat, die Wirtschaft und alles sonst übergestülpt hat: Laßt uns das mit der PDS doch wenigstens alleine machen.“ (AP, 6.12.1994) Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder eilte seinem Genossen zu Hilfe. Der SPD-Vorstandsbeschluß, so Schröder, solle der PDS-tolerierten Regierung in Sachsen-Anhalt „keine Politikmöglichkeit verbauen“. (ebda.) — Einmal mehr sind die Beschlüsse der SPD offenbar nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind.

Die SPD steht am Scheideweg: Sie muß sich entscheiden, ob sie sich in Richtung demokratische Mitte oder weiter nach links in Richtung PDS orientieren will. Der gegenwärtige Spagat — einerseits vollmundige Abgrenzungs-Erklärungen zu verfassen, andererseits, wie in Sachsen-Anhalt oder in Weimar, mit der PDS zusammenzuarbeiten — ist nicht mehr lange durchzuhalten. ■

Wendemanöver des Rudolf Scharping

Zur SPD-internen Debatte über die Modernisierung der Partei erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster:

Mit Unschuldsmiene behauptet SPD-Chef Scharping heute, er sei immer schon für eine Modernisierung der SPD eingetreten und habe schon vordem laut über den notwendigen Umbau des Sozialstaates nachgedacht. In Wirklichkeit hat Scharping ein halsbrecherisches Wendemanöver gegenüber seinen bisherigen Standpunkten vollführt.

Damit die Legendenbildung darüber nicht weiter fortschreitet, stellen wir anhand von Zitaten bisherige und heutige Aussagen Scharpings gegenüber. Die „heutigen Aussagen“ sind der Tutzingener Rede entnommen (dokumentiert in „Frankfurter Rundschau, 2. 12. 1994):

Scharping bisher

Die SPD hat eindeutig das politisch bessere, für die breite Mehrheit der Bevölkerung gerechtere und für die Zukunft tragfähigere Konzept. (ARD, 12. 10. 1994)

Ich will ... ein Beispiel nennen, das mir besonders auf der Seele brennt: Wenn ich mir angucke, wie Menschen ausgegrenzt werden, jetzt zum Beispiel durch diese kalt-schnäuzige Debatte über die Sozialhilfe, das sind Millionen Betroffene in Deutschland (ARD, 12. 10. 1994)

Scharping bisher

Wenn die Sozialdemokraten abends den Fernseher einschalten, müssen sie sich über die Nachrichten aus der SPD nicht mehr schämen. (Die Zeit, 18. 3. 1994)

★ ★ ★

Geschwindigkeitsbegrenzungen sind grundsätzlich ökologisch sinnvoll ..., wenn sie bundesweit, flächendeckend und auf

Scharping heute

Wir sind ... als Partei noch längst nicht so weit, daß wir auch nur annähernd als ein Ort wahrgenommen werden, an dem über die Zukunft unseres Landes — Interessen integrierend und Konzepte formulierend — nachgedacht wird.

★ ★ ★

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen; der Sozialstaat muß ebenso modernisiert werden wie die staatliche Tätigkeit insgesamt.

Scharping heute

(Wir haben) als Partei insgesamt einen hohen Renovierungsbedarf.

Wenn ich mir die Debatte anschau über das Tempolimit, dann gelingt mir allenfalls noch ein müdes und eher bedauerndes

Dauer eingeführt werden. Wir brauchen ein 365-Tage-Tempolimit! (Presseservice der SPD, 3. 8. 1994)

★ ★ ★

Was eigentlich ist denn so schrecklich daran, wenn ein Mensch, der 2000 DM Steuern im Monat zahlen darf, in Zukunft 2200 DM zahlt? (Rede auf dem Wiesbadener SPD-Parteitag, 16. 11. 1993)

Im Grunde genommen wird ... der Gedanke der deutschen Einheit ... ja dadurch beschädigt, daß die Aufbauprobleme in Deutschland zum Vorwand gemacht werden zum sozialen Abbau und für einen sozialen Kahlschlag. (DLF, 24. 8. 1993)

Lächeln. Da wird am falschen Punkt ein Symbol hochgezogen...

Weder können wir den Leuten kommen nach dem Motto: Ihr verdient ganz gut, folglich seid Ihr für uns die Lastesel, noch können wir wirtschaftliche Entwicklungen in Deutschland loslösen von den technologischen Herausforderungen, von der gewaltigen Steigerung der Arbeitsproduktivität und den daraus entstehenden Folgen für unser Leben.

★ ★ ★

Die Sozialdemokratie ... muß sich darüber klar sein, daß wir nicht westdeutsche Verteilungs-, sondern gesamtdeutsche Aufbaugesellschaft sind. Das hat sich im Wahlkampf bestenfalls in kleinen Ansätzen bemerkbar gemacht.

Scharping bisher

Unser Regierungsprogramm ... macht deutlich, daß wir uns auf die zentralen Zukunftsaufgaben für Deutschland konzentrieren und dafür überzeugende Lösungen anbieten. (Vorwärts, Juni 1994)

★ ★ ★

Um einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu leisten, werden wir den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ausweiten und verstetigen. Mit einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt werden wir eine Beschäftigungsbrücke hin zu neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen schaffen (Regierungsprogramm der SPD, S. 14) — Zu unserer Arbeitsmarkt offensive gehören Fortbildung und Umschulung, Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften sowie Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose. (100-Tage-Programm der SPD, 30.9.1994)

Scharping heute

Die SPD muß stärker als in der Vergangenheit wahrgenommen werden als eine Kraft, die den Innovations- und Investitionsstandort Deutschland stärken will.

... können wir nicht allein auftreten als eine Partei, die ... Arbeitslosigkeit mit öffentlichen Förder- und Beschäftigungsprogrammen, Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bekämpfen will.

Die SPD hat sich gegenüber der PDS nicht abgegrenzt, sondern Öffnungswege erschlossen. Der SPD-Vorstand reicht hierzu der PDS sozusagen unter der Tischkante die Hand.

**Chef des Bundeskanzleramts,
Bundesminister Friedrich Bohl**

Der wirtschaftliche Aufschwung setzt sich 1995 verstärkt fort

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland sieht in seinem im November 1994 vorgestellten Jahresgutachten 1994/95 die deutsche Wirtschaft auf einem soliden Wachstumspfad.

In diesem Jahr erwarten die „fünf Weisen“ ein reales Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent in Westdeutschland und 9,5 Prozent in Ostdeutschland. Bezogen auf ganz Deutschland wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,5 Prozent steigen. Noch in seiner Herbstprognose 1993 rechnete der Sachverständigenrat für dieses Jahr mit einer wirtschaftlichen Stagnation in Deutschland. (Westdeutschland: minus 0,5 Prozent, Ostdeutschland: plus 7,5 Prozent).

Für das kommende Jahr erwarten die „fünf Weisen“ ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent in den alten Bundesländern und 9,0 Prozent in den neuen Bundesländern. Für ganz Deutschland wird eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 3,0 Prozent vorhergesagt.

Der Aufschwung vollzieht sich nach dem klassischen Muster, unterstützt durch die etwa gleich großen Nachfrageblöcke Export, Investitionen und privater Verbrauch. Die Ausfuhren werden, wie schon in diesem Jahr, auch 1995 Schrittmacher der positiven wirtschaftlichen Entwicklung sein. So werden die Ausfuhren in Westdeutschland um 6 Prozent

Die wirtschaftliche Erholung wirkt inzwischen auch auf dem Arbeitsmarkt.

und in Ostdeutschland um 18 Prozent zunehmen.

In der zweiten Phase des Aufschwungzyklus wird mehr investiert: 1995 werden die Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland um 8,5 Prozent und in Ostdeutschland um 9 Prozent steigen. In diesem Jahr ist im früheren Bundesgebiet voraussichtlich noch ein Rückgang von 0,5 Prozent zu erwarten.

Die dritte Stufe der Aufschwungentwicklung erfolgt über den privaten Verbrauch.

„Die fünf Weisen“:

Am 17. November 1994 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein 31. Jahresgutachten vorgestellt. Gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit dieses Gremiums ist das „Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates“ von 1963. Es wurde zuletzt 1967 durch das „Gesetz zur Förderung der Stabili-

tät und des Wachstums der Wirtschaft“ novelliert. Dem Sachverständigenrat gehören zur Zeit die Professoren Dr. H. Hax (Vorsitzender), Dr. J. B. Donges, Dr. W. Franz, Dr. R. Peffekoven und Dr. H. Siebert an. Man nennt sie auch die „fünf Weisen“.

Sie werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Die Mitgliedschaft dauert fünf Jahre, Wiederberufungen sind zulässig.

Neue Türkei-Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung

Analyse der türkischen Politik mit Blick auf die muslimischen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion

Mit Möglichkeiten und Grenzen der türkischen Politik mit Blick auf die muslimischen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion in Zentralasien und Aserbeidschan beschäftigt sich die soeben erschienene Interne Studie Nr. 84/1994 der Konrad-Adenauer-Stiftung. Der Titel: Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion.

Als Ergebnis wird deutlich, daß die Hoffnungen, die auf die Modellfunktion der laizistischen Türkei für die politische und wirtschaftliche Entwicklung dieser Republiken gesetzt worden sind, sich nicht erfüllt haben. Rußland

ist der Haupteinflußfaktor in dieser Region geworden und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Die Studie soll einen Beitrag zu der Diskussion um die aktuellen Entwicklungen in dieser strategisch wichtigen und von einem hohen Krisenpotential gekennzeichneten Region leisten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist dort seit kurzem mit einem Büro in Taschkent (Usbekistan) präsent. Autorinnen der Studie sind Dr. Bess Brown und Elizabeth Fuller, beide Wissenschaftlerinnen bei Radio Free Europe/Radio Liberty Research Institute in München.

Der Band kann über das Publikationsreferat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Telefon: (02241) 246-598, Telefax: (02241) 246-479 bezogen werden.

Er wird im kommenden Jahr in Westdeutschland um 1,5 Prozent und in Ostdeutschland um 3,5 Prozent zunehmen. Die wirtschaftliche Erholung wirkt auf dem Arbeitsmarkt: Der Aufschwung hat bereits zu einem um 150.000 Personen geringer ausfallenden Anstieg der Erwerbslosigkeit geführt, als noch zur Jahreswende 93/94 erwartet worden war. Im kommenden Jahr wird die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1991 wieder deutlich sinken. Im früheren Bundesgebiet wird der Rückgang nach Auffassung der „fünf Weisen“ bei 30.000 und in den neuen Bundesländern bei 60.000 liegen. Deutschland ist die Konjunkturlokomotive für Europa. Doch was ist zu tun, damit die deutsche Wirtschaft auch in den kommenden Jahren weiter wächst?

So müssen — die von den „fünf Weisen“ in diesem Jahr bestätigten — Konsolidierungserfolge in der Finanzpolitik fortgesetzt werden. Nur solide Finanzen sind der Garant für niedrige Zinsen und stabile Preise. Schließlich: Ein Prozentpunkt weniger Inflation bringt den Verbrauchern in Deutschland ein Kaufkraftplus von rund 18 Milliarden DM. Im kommenden Jahr rechnet der Sachverständigenrat mit einer Preissteigerungsrate von nur noch 2,5 Prozent in Gesamtdeutschland. Die Angleichung zwischen West- und Ostdeutschland ist damit erreicht. Die Senkung von Staatsquote sowie Steuer- und Abgabenquote ist darüber hinaus unumgänglich. Der notwendige Umbau des Sozialstaats soll zu einer effizienteren Verwendung der Mittel führen.

Kleinbetriebe beleben Nachfrage nach Arbeitskräften im Osten

Vor allem kleinere Betriebe sorgen langsam für eine leichte Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften in den neuen Bundesländern.

Wie eine vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) herausgegebene Studie zeigt, hat der aktuelle Personalbedarf im Osten im zweiten Quartal 1994 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 40 Prozent auf 98.000 Vakanzen zugenommen. Insgesamt sei die Arbeitsnachfrage aber immer noch schwach.

60 Prozent der freien Stellen waren bei Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten festzustellen. Solche Betriebe beschäftigen aber nur ein Viertel aller Arbeitnehmer im Osten. „Dies ist ein Indiz für die beträchtliche und anhaltende Dynamik in diesem Segment“, schreiben die Nürnberger Arbeitsmarktforscher, die insgesamt 13.000 Betriebe für ihre Untersuchung befragten.

Großbetriebe ab 200 Mitarbeiter beschäf-

tigen in den neuen Ländern zwar 40 Prozent aller Arbeitnehmer, stellten aber nur rund ein Zehntel der Vakanzen.

53 Prozent der Stellenangebote entfielen auf Facharbeiter, weitere 30 Prozent auf qualifizierte Angestellte. Nach Branchen aufgeschlüsselt tragen der Dienstleistungsbereich mit einem Viertel aller freien Stellen und das Baugewerbe mit einem Fünftel wesentlich die Arbeitsnachfrage.

Vom verarbeitenden Gewerbe gehen dagegen nach Feststellung der Nürnberger Forscher „bislang relativ schwache Impulse aus“.

Immer noch Käufermarkt

Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern trage noch immer die Züge eines „Käufermarkts“. Personalsuchende Betriebe konnten im Durchschnitt pro Stelle unter acht geeigneten Bewerbern auswählen.

83 Prozent der Firmen gaben an, sie hätten bei der Personalsuche keine besonderen Probleme.

Stimmungshoch bei den ostdeutschen Unternehmen

Ein Stimmungshoch hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, in einer Umfrage unter 1.000 ostdeutschen Unternehmen festgestellt.

Seit dem Frühjahr 1994, so IW-Geschäftsführer Rolf Kroker, habe sich das Geschäftsklima in den neuen Ländern auf breiter Front verbessert, Produktions- und Umsatzerwartungen seien nahezu euphorisch.

Fast zwei Drittel der befragten Unternehmen berichteten von steigender Produktion. Im Frühjahr waren es erst die Hälfte und vor Jahresfrist gerade ein Viertel gewesen. Gut drei Viertel erwarteten für 1995 steigende Produktionsergebnisse und wachsende Erträge.

Nur knapp sieben Prozent rechneten laut Umfrage mit einer sinkenden Produktion und Ertragsseinbußen.

Arbeitsmarktzahlen im November 1994

In den neuen Bundesländern ist jetzt der Durchbruch geschafft

Im November 1994 ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf insgesamt 3,43 Millionen Personen gesunken, das sind 17.000 weniger als im Oktober 1994 und 129.000 weniger als vor einem Jahr.

● **Arbeitsmarkt im Westen**

Im Westen Deutschlands waren Ende November 1994 2,45 Millionen Menschen (Quote 7,9 Prozent) arbeitslos. Dies sind 4.000 mehr als im Oktober 1994 und 42.000 mehr als im November 1993.

Damals lag die Arbeitslosenquote bei 7,8 Prozent.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich im September 1994 gegenüber September 1993 jahreszeitlich bedingt um 60.000 verringert.

Die Wende am Arbeitsmarkt wird nach wie vor durch den starken Rückgang der Kurzarbeiterzahlen deutlich. Vor einem Jahr war die Kurzarbeiterzahl noch etwa viermal so hoch wie heute.

● **Arbeitsmarkt im Osten**

Im Osten Deutschlands hat die Arbeitslosigkeit erstmals seit Juni 1991 die Millio-

nengrenze unterschritten. Ende Oktober 1994 waren 980.000 Menschen (Quote 13,0 Prozent) arbeitslos. Das sind 21.000 weniger als im Oktober 1994. Verglichen mit Oktober 1993 war die Arbeitslosenzahl um 171.000 Personen niedriger.

Der Arbeitsmarkt wurde durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung um 614.000 Personen entlastet. Das sind 86.000 Personen mehr als im Vorjahr. Maßnahmen nach § 249 h AFG werden jetzt für 101.957 Personen gewährt.

● **Kurze Gesamtbewertung**

In den neuen Bundesländern ist der Durchbruch geschafft: Die Zahl der Arbeitsplätze erhöht sich, die Zahl der arbeitslosen Menschen ist unter die Millionengrenze gefallen. Das von der Bundesregierung neu geschaffene Instrument — der Lohnkostenzuschuß Ost — bietet nun über 100.000 Menschen eine berufliche Perspektive.

In ganz Deutschland setzten sich positive konjunkturelle Impulse durch und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente entlasteten zusätzlich. ■

Hintze: Durchbruch in den neuen Bundesländern

Zu den Arbeitsmarktzahlen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die weiter sinkende Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist Ausdruck dafür, daß die Politik der CDU für Wachstum und Beschäftigung immer stärker greift. Es geht deutlich aufwärts — auch am Arbeitsmarkt. In den neuen

Bundesländern ist der Durchbruch geschafft: Erstmals seit Juli 1991 hat die Arbeitslosenzahl hier die Millionengrenze unterschritten, die Zahl der Arbeitsplätze erhöht sich zunehmend. Die CDU wird ihre erfolgreiche Politik zur Stärkung der Wirtschaftskräfte weiter konsequent fortführen.

Bundesweite Prüfungsaktion deckt zahlreiche Verstöße auf

In einer bundesweit koordinierten Prüfungsaktion der Arbeitsämter und des Zolls zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und illegaler Beschäftigung haben Mitte November 2.000 Prüfer mit 1.000 Einsatzkräften der Polizei und anderer Behörden 19.000 Arbeitnehmer und 3.000 Arbeitgeber überprüft.

Die Prüfer stießen in erheblichem Umfang auf Beschäftigte, die Arbeitslosgeld beziehen, ohne ihre daneben ausgeübte Tätigkeit dem Arbeitsamt anzuzeigen. Bei 937 Personen mußten Ermittlungen wegen des Verdachts der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit aufgenommen werden. Allein bei einer in Süddeutschland ansässigen, überregional tätigen Vertriebsorganisation wurde bei 500 der bislang 2.200 überprüften freiberuflichen Mitarbeiter Leistungsbezug festgestellt. Fast alle hatten ihre Nebentätigkeit nicht angezeigt.

Im Baubereich wurden britische Staatsangehörige angetroffen, die vorgaben, als Selbständige in der Bundesrepublik Deutschland tätig zu sein, um so die Steuer- und Beitragspflicht zu unterlaufen (sogenannte Scheinselbständigkeit). Auf einer Baustelle in Schwerin hat ein englisches Unternehmen 24 Maurer beschäftigt, die alle vorgaben, selbständige Subunternehmer zu sein. Das Unternehmen hat nach der Aufdeckung bereits 100.000 DM für die deswegen ausstehenden Lohnsteuern und Sozialabgaben an das Finanzamt und die AOK Schwerin abgeführt.

Die Prüfungen deckten auch erhebliche Verstöße gegen das Arbeitserlaubnisrecht

auf. Von insgesamt 2.664 deutschen und 325 ausländischen Arbeitgebern stehen 468 im Verdacht, ausländische Arbeitnehmer ohne die erforderliche Arbeitserlaubnis beschäftigt zu haben.

Den Arbeitgebern drohen hier Geldbußen von jeweils bis zu 100.000 DM, sofern nicht bei Straftatverdacht die Staatsanwaltschaften einzuschalten sind. Bei 1.212 von 4.287 überprüften ausländischen Arbeitnehmern liegen Anhaltspunkte für eine Tätigkeit ohne Arbeitserlaubnis vor. Gegen Arbeitnehmer können Geldbußen bis zu 1.000 DM festgesetzt werden. Gegen 180 Arbeitgeber wurden Ermittlungsverfahren wegen des Ver-

Die Betroffenen müssen mit empfindlichen Geldbußen, Geldstrafen oder sogar Freiheitsstrafen rechnen.

dachts unerlaubter Arbeitnehmerüberlassung (Verleih bzw. Entleih) eingeleitet.

Darüber hinaus wurden 548 Arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern nicht oder nicht ordnungsgemäß zur Sozialversicherung angemeldet. Für die weitere Verfolgung sind die Krankenkassen zuständig. Die hohe Prüfungsichte der Arbeitsämter und des Zolls machen Leistungsbetrug und illegale Beschäftigung für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu einem hohen Risiko. Neben der Rückzahlung zu Unrecht erhaltener Sozialleistungen sowie der Nachzahlung nicht abgeführter Steuern und Sozialversicherungsbeiträge müssen die Betroffenen mit empfindlichen Geldbußen, Geldstrafen oder sogar Freiheitsstrafen rechnen. ■

Norbert Blüm: Die Renten sind sicher und bleiben es auch

Zu den vom Verband der Rentenversicherungsträger veröffentlichten Ergebnissen eines weiteren PROGNOSE-Gutachten erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Das Gutachten bestätigt eindrucksvoll, daß die im Jahr 1989 verabschiedete Rentenreform notwendig und richtig war, die Rentenversicherung langfristig auf neue Herausforderungen einzustellen. Die Beitragsentwicklung wird trotz der deutlichen Einheit sogar günstiger sein, als wir bei der Rentenreform geschätzt hatten. Alle Panikmacher, die mit immer neuen Horrorszenarien Rentner und Versicherte in Angst und Schrecken zu versetzen versuchen, werden durch dieses Gutachten Lügen gestraft.

Das Gutachten bestätigt: Nicht die Veränderungen in der Altersstruktur unserer Bevölkerung sind das entscheidende Kriterium für die Rentenversicherung, sondern die Zahl und die Produktivität unserer Arbeitsplätze. Deshalb ist die Erhal-

tung und Steigerung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft der Schlüssel für die langfristige Stabilität der Rentenversicherung wie für unser gesamtes soziales Sicherungssystem.

Durch die im großen Konsens beschlossene Rentenreform 1992 wurden die entscheidenden Weichen für die Fortsetzung einer an den Zielen der Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit gleichermaßen orientierten Rentenpolitik gestellt. Die Stabilität des Rentensystems ist trotz allen absehbaren Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung gewährleistet. In Übereinstimmung mit dem Sozialbeirat zeigen die Ergebnisse des PROGNOSE-Gutachtens, daß die anstehenden Probleme und Risiken im Rahmen des bestehenden und bewährten Systems, das heißt ohne grundlegenden Systemwechsel, gelöst und beherrscht werden können. Die Renten sind sicher und werden es bleiben. Auf die Rente ist Verlaß. ■

Blüm verlängert die Bezugsfrist des Kurzarbeitergeldes

Die maximale Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld wurde über den 30. Dezember 1994 bis zum Ablauf des Jahres 1997 verlängert.

Damit wird der Spielraum des bewährten arbeitsmarktpolitischen Instruments „Kurzarbeitergeld“ voll ausgeschöpft, um der außergewöhnlichen Arbeitsmarktlage Rechnung zu tragen. In der Zeit von Januar bis Dezember 1994 haben im gesamten Bundesgebiet durchschnittlich 430.000

Beschäftigte in rund 13.400 Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen kurzgearbeitet.

Blüm appellierte an die Betriebe, von der Möglichkeit des verlängerten Kurzarbeitergeldes zur Vermeidung von Entlassungen Gebrauch zu machen. So könnten auch Unternehmen, bei denen der Aufschwung „noch nicht oder noch nicht voll eingesetzt“ habe, Mitarbeiter halten und vor Arbeitslosigkeit bewahren.

Auch weiterhin konstruktive Zusammenarbeit mit Norwegen

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, erklärte zum Ausgang des norwegischen Referendums über den Beitritt in die Europäische Union:

Das Nein der Norweger ist bedauerlich. Norwegen hätte eine Bereicherung für die Europäische Union bedeutet. Andererseits ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für Norwegen lebenswichtig, wenn es nicht Gefahr laufen will, marginalisiert zu werden. Der Wille der norwegischen Bevölkerung ist jedoch zu respektieren, auch wenn die Argumente der Beitrittsgegner, daß nämlich Norwegen seine Zukunft auf Öl und Fisch bauen könne, nicht überzeugen können.

Die Mithilfe Norwegens, so z. B. im Bereich des Umweltschutzes, des Gewässerschutzes im Nordseebereich sowie im Fischereiwesen, muß nun in einem neu zu zimmernden Rahmen entwickelt werden.

Die Nein-Kampagne in Norwegen war gewaltig überzogen und mit Argumenten übersät, die der europäischen Wirklichkeit nicht entsprechen. Gegenüber der Diffamierung der Brüsseler Bürokratie hatten die überzeugenden, aber vielleicht nüchternen Argumente für einen Beitritt keine Chance.

Bei allem Verständnis für die junge Nation Norwegen und das Bedürfnis, diese nach dem 2. Weltkrieg mühsam erwirkte Identität zu wahren, gilt auch für Norwegen, daß die Lebensumwelt eine internationale geworden ist und daß nationale Politikansätze für die meisten Probleme unserer Zeit nicht mehr ausreichen. Das werden auch die Nein-Sager über kurz oder lang erfahren. Flucht vor der Wirklichkeit führt ins Nichts. Die Europäische Union sollte Norwegen eine umfassende Zusammenarbeit und Kooperation anbieten. Neuverhandlungen aber können nicht in Frage kommen.

Die Tür bleibt offen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zum Ergebnis der Volksabstimmung in Norwegen über den Beitritt zur Europäischen Union folgende Erklärung abgegeben:

Die Ablehnung des Beitritts Norwegens zur Europäischen Union durch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Norwegens habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Die Bundesregierung ist immer der Auffassung gewesen, daß der Beitritt Norwegens zur Europäischen Union

ein Gewinn sowohl für die Union wie für Norwegen gewesen wäre. Selbstverständlich respektieren wir die souveräne Entscheidung des norwegischen Volkes.

Die Tür zur Europäischen Union für Norwegen bleibt trotz dieses Ergebnisses der Volksabstimmung offen. Norwegen ist uns auch in Zukunft willkommen. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, die Beziehungen zwischen dem vereinten Europa und Norwegen auch in Zukunft konsequent fortzuentwickeln, um den Weg Norwegens in die Europäische Union freizuhalten.

Vorschläge zur Gewerbesteuerreform

Die Kommunen sollen einen fairen Ausgleich erhalten

Die vom Bundesfinanzminister Anfang des Jahres 1994 eingesetzte Arbeitsgruppe zur Reform der Gewerbesteuer im Rahmen einer kommunalen Finanzreform hat am 24. November ihre Beratungsergebnisse zusammengefaßt. Hierzu erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Wie sich aus der Koalitionsvereinbarung für die 13. Legislaturperiode sowie aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers ergibt, strebt die Bundesregierung eine weitere Verbesserung der Unternehmensbesteuerung und eine Gemeindefinanzreform an, bei der die Gewerbesteuer, die eine Sonderbelastung der deutschen Wirtschaft darstellt, gesenkt werden soll. Die Kommunen sollen einen fairen Ausgleich erhalten, der ihr Interesse an der Ansiedlung von Betrieben gewährleistet und die kommunale Selbstverwaltung stärkt.

Im Vordergrund der Beratungen in der BMF-Arbeitsgruppe stand die Prüfung, ob die Überlegungen des Deutschen Städtetages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die Gemeinden bei Aufrechterhaltung einer reduzierten Gewerbesteuer am Aufkommen der Umsatzsteuer zu beteiligen, einen geeigneten Lösungsansatz bieten. Nach Auffassung der Wirtschaft, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und der Bundesregierung ist dies grundsätzlich der Fall.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund gibt einer Revitalisierung der Gewerbesteuer den Vorzug, schließt aber

unter gewissen Voraussetzungen eine Beteiligung an der Umsatzsteuer nicht aus.

Nach Auffassung der Arbeitsgruppe kommen für die Verteilung des Umsatzsteueranteils im wesentlichen die Schlüsselemente Lohnsumme und Betriebsvermögen in Betracht. Die Erarbeitung des Verteilungsschlüssels erfordert allerdings eine gewisse Zeit, u. a. für die Erhebung der Schlüsseldaten, nachdem die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen wurden. Die Arbeitsgruppe hat konkrete Vorschläge für das Verfahren zur Erhebung von Schlüsseldaten und die Schaffung der notwendigen statistischen Grundlagen entwickelt.

Um gleichwohl die notwendige Fortführung der Unternehmenssteuerreform in Angriff zu nehmen, beabsichtigt die Bundesregierung, bereits zum 1. Januar 1996 die Gewerkekapitalsteuer abzuschaffen und die Gewerbeertragsteuer mittelstandsfriendly zu senken. Damit wird zugleich die Einführung der Gewerkekapitalsteuer in den neuen Ländern, die dort zunächst bis 1995 ausgesetzt ist, vermieden.

Für diese erste Stufe kommt voraussichtlich ein Übergangsschlüssel in Betracht, mit dem der Besitzstand der Kommunen bis zum Vorliegen der endgültigen Schlüsseldaten gewahrt werden soll. Der Ausgleich der Steuermindereinnahmen von Bund und Ländern soll durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage im Unternehmensbereich, insbesondere durch steuerlichen Subventionsabbau erfolgen. ■

Steuerfreistellung des Existenzminimums

Gerecht und ausgewogen

Jeder wird entlastet — keiner wird belastet: Der Vorschlag zur Steuerfreistellung des Existenzminimums von Bundesfinanzminister Theo Waigel ist familien- und leistungsfreundlich. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Gesetzgeber mit Beschluß vom 25. September 1992 verpflichtet, ab 1996 eine entsprechende Regelung zu treffen.

Die Neuregelung wird im Haushaltsjahr 1996 zu Steuerausfällen von rund 15 Milliarden DM führen. Außerdem verringern sich die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag um rund eine Milliarde DM. Dies ist haushaltspolitisch von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam zu verkräften.

Die Neugestaltung enthält folgende Eckpunkte:

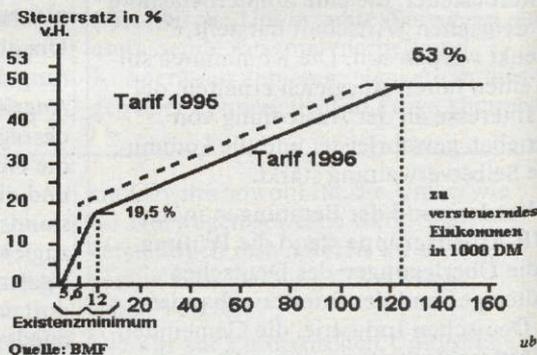
- Das Existenzminimum wird in Höhe von rund 12 000 DM (Ledige) bzw. 24 000 DM (Verheiratete) steuerfreigestellt.
- Der bisherige Grundfreibetrag wird durch eine außertarifliche Steuerermäßigung (Grundentlastung) ersetzt. Für ein zu versteuerndes Einkommen in Höhe des Existenzminimums beträgt die Steuerermäßigung bei Ledigen 1 243 DM, bei Verheirateten das Doppelte. Diese Grundentlastung wird mit steigendem Einkommen stetig abgebaut und läuft bei einem zu versteuern-

den Einkommen von 30 000 DM (Ledige) bzw. 60 000 DM (Verheiratete) aus.

● Wer mehr verdient, wird durch die Neuregelung nicht benachteiligt: Der Wegfall des allgemeinen Grundfreibetrages wird durch eine Absenkung der Grenzsteuersätze um 0,7 Prozentpunkte ausgeglichen. Der Höchststeuersatz von 53 Prozent bleibt erhalten.

Nach diesem Vorschlag brauchen zusätzlich 1,5 Millionen Haushalte künftig keine Steuern mehr zahlen. Die Neurege-

GRENZBELASTUNG DER EINKOMMENSTEUER '96



lung ist gerecht und verteilungspolitisch ausgewogen. Denn höhere Einkommen werden prozentual am niedrigsten entlastet. So entfällt auf die untere Hälfte der Steuerzahler ein Entlastungsanteil von rund 70 Prozent, rund ein Viertel der Steuerzahler im unteren Einkommensbereich haben überdies einen Entlastungsanteil von rund 41 Prozent der Gesamtentlastung.

So wirkt sich der neue Tarif aus:
Grundtabelle

Zu versteuerndes Einkommen in DM	Tarif 1995	Tarif 1996	Entlastung in DM
	(geltendes Recht) Steuerbelastung in DM	(BMF-Vorschlag) Steuerbelastung in DM	
12.042	272	0	- 272
20.000	2.943	2.177	- 766
31.000	5.618	5.484	- 134
40.000	8.067	7.870	- 197
50.000	11.084	10.817	- 267
60.000	14.423	14.086	- 337
70.000	18.048	17.641	- 407
80.000	21.977	21.499	- 478
90.000	26.208	25.660	- 548
100.000	30.743	30.125	- 618

Splittingtabelle

Zu versteuerndes Einkommen in DM	Tarif 1995	Tarif 1996	Entlastung in DM
	(geltendes Recht) Steuerbelastung in DM	(BMF-Vorschlag) Steuerbelastung in DM	
24.084	544	0	- 544
30.000	3.554	1.352	- 2.202
40.000	5.886	4.354	- 1.532
50.000	8.208	7.500	- 708
62.000	11.236	10.968	- 268
70.000	13.360	13.036	- 324
80.000	16.134	15.740	- 394
90.000	19.092	18.628	- 464
100.000	22.168	21.634	- 534
110.000	25.430	24.826	- 604
130.000	32.376	31.632	- 744
150.000	39.928	39.044	- 884
160.000	43.954	42.998	- 956
170.000	48.132	47.106	- 1.026

Umweltauflagen für Hausheizungen verschärft

Das Bundeskabinett hat am 7. Dezember nach rund dreijährigem Tauziehen eine Verschärfung der Umweltauflagen für Hausheizungen beschlossen. Die Verordnungsnovelle für sogenannte Kleinf Feuerungsanlagen soll nach Billigung durch den Bundesrat so schnell wie möglich in Kraft treten.

Wie Umweltministerin Angela Merkel erläuterte, schreibt die Vorlage einen höheren Wirkungsgrad bei Heizungen mit Kohle, Öl und Gas vor. Die Abgaswerte werden herabgesetzt, für Stickoxide erstmals Grenzwerte eingeführt.

Wie es ergänzend im Umweltministerium hieß, ist ein wichtiges Ziel der Verordnung, daß weniger Wärme nutzlos durch den Schornstein gepustet werde. Der Anteil der Hausheizungen am Ausstoß des Klimakillers Kohlendioxid (CO₂) beträgt mehr als 20 Prozent. Die Ministerin nannte die Vorlage einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung und mit Blick auf den am selben Tag vorgelegten neuen Schadensbericht eine Maßnahme zur Verbesserung des Wahlzustandes.

Diesem Ziel soll auch die Einführung neuer benzol armer Benzinsorten dienen. Das Öko-Benzin soll außerdem weniger Kohlenwasserstoffe enthalten. Angela Merkel hält an der Forderung ihres Amtsvorgängers Klaus Töpfer fest, dieses Benzin steuerlich ähnlich zu begünstigen wie bleifreies Benzin bei seiner Einführung.

Für besonders dringlich hält es Angela Merkel ferner, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode angestrebte Umstellung der Kfz-Steuer auf Berechnungen nach den Schadstoffwerten im Abgas schnell zu verwirklichen. ■

EU-Zustimmung zu EKO-Stahl ein großer Erfolg

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, hat die Zustimmung des Ministerrats der Europäischen Union zum Privatisierungskonzept für EKO-Stahl begrüßt. Damit können die lebensnotwendigen Investitionen in dem Unternehmen durch den neuen Eigentümer Cockerill Sambre endlich begonnen werden.

Die Privatisierung sei ein Aufbruchsignal für die gesamte Region Eisenhüttenstadt. Die bei EKO-Stahl Beschäftigten und ihre Familien erhielten hierdurch eine neue Perspektive für die Zukunft.

Die Bundesregierung habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie zu EKO steht und erreichen will, daß dieser wichtige industrielle Kern gesichert und erneuert werden kann.

Dieses Verhandlungsergebnis ist ein persönlicher Erfolg von Bundesminister Günter Rexrodt, der insbesondere in den letzten Wochen allen wichtigen Partnern in der EU immer wieder die Dringlichkeit des Themas EKO-Stahl erläutert und dieses Anliegen im EU-Ministerrat mit großem Nachdruck vertreten hat.

Der Bundeskanzler seinerseits hat sich vor allem gegenüber den Regierungschefs Frankreichs und Großbritanniens für das Anliegen der ostdeutschen Stahlarbeiter eingesetzt.

Zu danken sei auch der Treuhandanstalt, die sich durch die Rückschläge mit früheren Privatisierungsinteressenten nie habe entmutigen lassen und damit noch vor Beendigung ihrer Tätigkeit einen ihrer wichtigsten Privatisierungserfolge habe erzielen können. ■

Peter Hintze: Ein wichtiger Beitrag zur Reform des Sozialstaates

Die CDU Deutschlands begrüßt ausdrücklich, daß die beiden großen Kirchen ein Diskussionspapier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ veröffentlicht haben. Die Kirchen leisten damit einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Diskussion um die Reform von Staat und Gesellschaft.

Bei der Beschreibung der großen sozialen und wirtschaftlichen Ziele an der Schwelle zum 21. Jahrhundert weiß sich die CDU mit den Kirchen einig. Es geht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Stärkung der Familien, die Weiterentwicklung in den neuen Ländern und den Umbau des Sozialstaates.

Es verdient besondere Beachtung, daß die beiden Kirchen in ihrem Diskussionsentwurf die Notwendigkeit einer Erneue-

rung der Sozialen Marktwirtschaft betonen. Die CDU versteht dies als Unterstützung ihrer Position, daß die anstehenden Aufgaben nur durch eine umfassende Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gelöst werden können. Die Aussagen der Kirchen können wesentlich dazu beitragen, die Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Erneuerung zu fördern und einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen.

Die CDU ermutigt die beiden Kirchen ausdrücklich, die Reformdiskussion in Deutschland weiter mitzuprägen und zu den formulierten Positionen auch einen intensiven Dialog mit den politischen Parteien zu führen. Die CDU setzt sich mit großem Nachdruck für einen solchen Dialog ein. Ich lade die Vertreter der Kirchen zu einem Gespräch mit der CDU über die angesprochenen Fragen ein.

Diskussion um die Zukunft unserer Gesellschaft

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, hat die Vorlage des Entwurfes eines gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland als wertvollen Diskussionsbeitrag zur Erneuerung von Gesellschaft und Wirtschaft begrüßt:

Ich halte es für richtig und wichtig, daß sich die Kirchen in die Diskussion um die Zukunft unserer Gesellschaft einbringen. Die aus der Sicht des Glaubens geprägte Position der Kirchen ist für diese Diskussion unverzichtbar.

Die grundsätzliche Bedeutung des Entwurfs eines gemeinsamen Wortes verbietet, ihn für oberflächliche, tagespolitische Auseinandersetzungen zu mißbrauchen. Ich sehe darin vielmehr ein Gesprächsangebot, das die Bundesregierung gerne aufgreift. Viele der Gedanken entsprechen dem, was die Koalition sich als Arbeitsprogramm für diese Legislaturperiode vorgenommen hat. Dazu gehören beispielsweise die Erneuerung unserer Sozialen Marktwirtschaft, die konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Stärkung der Familien oder die Bewahrung unserer Schöpfung.

Die Jugend in den neuen Ländern hat den tiefgreifenden Umbruch in Deutschland gut bewältigt

Das Bundeskabinett hat am 7. Dezember den Neunten Jugendbericht beraten. Der von einer Sachverständigenkommission vorgelegte Bericht behandelt die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Die Ministerrunde beschloß dazu die unter Federführung des Bundesjugendministeriums erarbeitete Stellungnahme der Bundesregierung. Bericht und Stellungnahme bilden zusammen den Neunten Jugendbericht der Bundesregierung.

Die Jugendberichtscommission war beauftragt zu untersuchen, wie sich die gesellschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland auf die Lebensverhältnisse und auf die Einstellungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien auswirken. Außerdem ging es darum, wie sich die öffentlichen Leistungen vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen und ihre Familien entwickeln und wo politisch gehandelt werden sollte.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte, bewertete auf einer Pressekonferenz wesentliche Ergebnisse aus dem Jugendbericht:

Die meisten Jugendlichen in den neuen Bundesländern haben die tiefgreifenden Veränderungen ihrer Lebenssituation seit der Deutschen Einheit gut bewältigt. Sie sind mit ihrem Leben zufrieden und blik-

ken mit Zuversicht in ihre persönliche Zukunft. Obwohl die jungen Menschen einen fast vollständigen Umbruch ihrer Lebensverhältnisse erleben und verkraften mußten und obwohl sie vom Zusammenbruch der maroden Wirtschaft der DDR mitbetroffen sind, hat sich diese zuversichtliche Grundeinstellung seit 1990 erhalten.

Durch eine große gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern ist es

Bundesjugendministerin Claudia Nolte bei der Vorstellung des Neunten Jugendberichts: Berufliche Perspektiven müssen verbessert werden.

in den vergangenen Jahren gelungen, allen Schulabgängern in den neuen Bundesländern einen Ausbildungsplatz anzubieten. Besonders gut kommen die jungen Frauen und Männer mit den Veränderungen an den Hochschulen zurecht. Die Studierenden in den neuen Ländern sehen sich gegenüber ihren westlichen Kommilitonen als konkurrenzfähig an. Als größte Sorge empfinden junge Menschen im Osten Deutschlands die schwierige Arbeitsmarktsituation. Bei einer Umfrage Anfang 1993 nannten 18 Prozent der Befragten zwischen 14 und 27 Jahren auf die Frage nach den wichtig-

sten persönlichen Problemen die Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es notwendig, daß die Bemühungen um mehr Arbeitsplätze auf allen Ebenen fortgesetzt werden.

Bemerkenswert ist die anhaltend starke Familienorientierung junger Menschen in den neuen Bundesländern. 89 Prozent der ostdeutschen 14- bis 27jährigen finden im Falle persönlicher Probleme Hilfe bei ihren eigenen Eltern. Gerade für Jugendliche ist eine intakte Familie sehr wertvoll. Positive Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche in ihren Familien machen, Zuwendung von Eltern und Gespräche mit ihnen prägen junge Menschen und vermitteln ihnen Selbständigkeit, Selbstsicherheit und Toleranz.

Entgegen manchen Vorurteilen unterstützt nur ein geringer Anteil der jungen Menschen in Deutschland gewalttätige Auseinandersetzungen. Über 95 Prozent der jungen Menschen in Ost und West lehnen Gewalt gegen Ausländer klar ab. Ich wende mich entschieden dagegen, die junge Generation in eine Ecke zu stellen. Diejenigen Jugendlichen, die gewaltbereit sind, dürfen wir nicht abschreiben. Wir müssen den Jugendlichen, die sich ausgegrenzt fühlen und keine Perspektive sehen, Orientierung bieten:

Der Bund hat hier in den vergangenen Jahren wichtige Impulse — etwa durch das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ — gegeben. Ich bin entschlossen, mit diesem Programm und anderen Projekten fortzufahren. Und ich werde mich insgesamt in der Jugendpolitik entschieden dafür einsetzen, den mit Problemen belasteten Jugendlichen Wege aus der Krise aufzuzeigen.

Nach Auffassung der Bundesjugendministerin sind folgende Aufgaben in den nächsten Jahren von vorrangiger Bedeutung:

● Die beruflichen Perspektiven junger Menschen müssen verbessert werden.

Angesichts der Aufwärtsentwicklung der wirtschaftspolitischen Rahmendaten sind Unternehmen und Freiberufler aufgefordert, zusätzliche Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen. Die Bundesanstalt für Arbeit wird die Arbeitsförderung auf hohem Niveau fortführen und weiterhin erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen anbieten.

● Eine Schlüsselstellung wird auch in Zukunft der Aufgabe zukommen, für alle Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung suchen, Ausbildungsplätze bereitzustellen. An Wirtschaft, freie Berufe und Verwaltungen appelliere ich, ihr Angebot an Ausbildungsplätzen weiter zu erhöhen. Dies liegt auch im Interesse der Arbeitgeber, die qualifizierte Arbeitskräfte benötigen, um die Zukunft ihrer Unternehmen zu sichern. Falls nötig, werden sich Länder und Bund auch weiterhin finanziell engagieren müssen, um für ergänzende Ausbildungsplätze zu sorgen. Für junge Menschen mit besonderen Problemen setzt das Bundesjugendministerium sein Projekt „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ fort und verlagert dessen Schwerpunkt auf die neuen Bundesländer.

● Ich fordere Länder und Kommunen auf, die dringend erforderlichen Räume und Gebäude für Freizeit und Jugendarbeit bereitzustellen und dazu gegebenenfalls die Mittel des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost des Bundes einzusetzen. In diesem Programm stehen zehn Jahre lang jährlich 6,6 Milliarden Mark für Investitionen in den neuen Bundesländern zur Verfügung.

● Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und der sozialen Dienste sind die freien Träger ein unverzichtbarer Bestandteil von Freiheitlichkeit und Pluralität. Für ihren Aufbau ist eine weitere öffentliche Förderung durch die zuständigen staatlichen Stellen unverzichtbar. Der

Bund hat das Volumen seines Kinder- und Jugendplans zwischen 1989 und 1995 (Haushaltsentwurf) von 120 auf 208 Millionen Mark erhöht.

● Die Personalsituation in den Jugendämtern muß dringend konsolidiert werden. Gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben der Jugendämter können nicht durch ABM-Stellen erfüllt werden, sondern müssen ihren Niederschlag in ordentlichen Stellenplänen finden.

● Noch auf viele Jahre wird mit einem ebenso hohen wie dringlichen Qualifikierungsbedarf des Fachpersonals der Kinder- und Jugendhilfe zu rechnen sein. Die hierzu nötigen Angebote müssen von den zuständigen Landesbehörden und den freien Trägern bereitgestellt werden.

● Deutliche Defizite weisen nach wie vor die Arbeitsfelder Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit auf. Hierzu sind entsprechende Gewichtsverlagerungen aus anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe erforderlich. Gerade in den neuen Bundesländern wird es darauf ankommen, die Angebote zur Information und zur Beratung für junge Menschen fortzuentwickeln.

● Um die besondere Ausgangslage in Ostdeutschland besser berücksichtigen zu können, müssen in der Kinder- und Jugendhilfe verstärkt neue Ideen und Ansätze erprobt werden. In den Förder-

richtlinien des Kinder- und Jugendplans hat der Bund dafür die nötigen Voraussetzungen geschaffen und zusätzliche Mittel bereitgestellt.

● Damit Deutschland weiter zusammenwächst, brauchen wir mehr Treffen und mehr Gespräche zwischen jungen Menschen aus Ost- und Westdeutschland. Sollen Begegnungen auf breiter Basis geschehen, müssen sich alle gesellschaftlichen Kräfte dieser Aufgabe annehmen — insbesondere Schulen, Kommunen, Vereine und Verbände.

● Die Verbesserung der Familienförderung ist ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode. Dies ist nicht nur eine Schlüsselfrage der Familien-, sondern auch der Kinder- und Jugendpolitik. Der Neunte Jugendbericht weist eindringlich darauf hin, daß die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen vorrangig von der Lebensqualität der Familien bestimmt werden. Kinder und Jugendliche in kinderreichen Familien, von Alleinerziehenden und in Familien, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wachsen häufig unter schwierigen Bedingungen auf. Die Fortentwicklung des Familienlasten- zu einem Familienleistungsausgleich wird gerade für solche Familien die materiellen Lebensbedingungen verbessern.

Die Jugend blickt zuversichtlich in die Zukunft

Anläßlich der Verabschiedung des 9. Jugendberichts durch das Bundeskabinett erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Maria Eichhorn**: *Durch den Fall der Mauer haben sich die Chancen und Möglichkeiten gerade für Jugendliche immens erweitert. Dies führt jedoch zum Teil zu Verunsicherung und Orientierungslosigkeit. Gerade die angespannte Arbeitsmarktsituation belastet Jugendliche und ihre Eltern besonders. Hier wurde angesetzt und hier bedarf es weiterer Anstrengungen — auch im Bereich der Jugendhilfe und Beratung. Dennoch ist die Mehrzahl der Jugendlichen mit ihrem Leben zufrieden und blickt zuversichtlich in die Zukunft. Gegenteilige Vermutungen sind unzutreffend — Umfragen belegen das.*

„Frauen und Beschäftigung“: EU verabschiedet EntschlieÙung

Auf Initiative der Deutschen Präsidentschaft hat der Rat der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union am 6. Dezember eine EntschlieÙung zum Thema „Frauen und Beschäftigung“ verabschiedet.

Sie beruht auf einem Diskussionspapier, das bei einem informellen Treffen der Frauenministerinnen und -minister im September in Berlin verabschiedet wurde. Durch die EntschlieÙung soll die Verbesserung der Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Europa vorangebracht werden. Ein Kernpunkt ist die Forderung nach größerer Flexibilisierung der Arbeitszeit von Männern und Frauen, insbesondere im Hinblick auf Teilzeitarbeit.

Weitere wichtige Ziele sind verbesserte Qualifizierungsangebote für Frauen, die Unterstützung von Existenzgründungen durch Frauen sowie die Erleichterung der Rückkehr an den Arbeitsplatz nach einer Familienpause.

Die EntschlieÙung richtet sich an die Mitgliedsstaaten, die Sozialpartner und die Kommission und fordert sie auf, bei allen Maßnahmen für eine beschäftigungsintensive Wachstumsstrategie das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Im Text der EntschlieÙung ist festgehalten, daß Frauen in ganz Europa immer noch größere Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben als Männer. Die Langzeitarbeitslosenquote bei Frauen ist besonders hoch. Frauen sind immer noch auf weniger qualifizierten, schlechter bezahlten und schlechter geschützten Arbeitsplätzen beschäftigt. In Führungspositionen sind sie unterrepräsentiert. Für Frauen und Männer ist es nach wie vor schwer, Familienpflichten und berufliche Entwicklung in Einklang zu bringen.

Bundesfrauenministerin Claudia Nolte: Wir brauchen bessere Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich begrüÙe es sehr, daß wir uns in Europa über diese Ziele einig sind. Die EntschlieÙung der Sozialminister ist ein Schritt nach vorn. Sie enthält wichtige Impulse für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt in ganz Europa.

■

EU-Reform '96

Der Bundesfachausschuß Europapolitik hat unter dem Vorsitzenden **Günter Rinsche** MdEP eine Arbeitsgruppe „Reform '96“ eingesetzt, die für die CDU Deutschlands Vorschläge für die Regierungskonferenz 1996 zur Überprüfung des Maastrichter Vertrags ausarbeiten soll. Die Arbeitsgruppe ist mit hochkarätigen Experten besetzt. Der Bielefelder Europa-Abgeordnete

Elmar Brok, der ebenfalls Mitglied der Arbeitsgruppe „Reform '96“ ist, wurde von der EVP-Fraktion als Vertreter des Europäischen Parlaments in der „Reflexionsgruppe“ nominiert. Diese Gruppe wird die verschiedenen Vorschläge zur Fortschreibung des Maastrichter Vertrags prüfen und widersprüchliche Interessen zu bündeln versuchen, um richtungsweisende Empfehlungen für die Regierungskonferenz 1996 vorlegen zu können.

EU: Mindeststandards für Arbeitnehmer weiter ausbauen

Der Rat der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union hat am 7. Dezember in Brüssel auf Initiative der deutschen Präsidentschaft eine EntschlieÙung zur europäischen Sozialpolitik verabschiedet.

Die EntschlieÙung ist ein Bekenntnis zur sozialen Dimension der Europäischen Union; sie legt fest, was eine zukünftige europäische Sozialpolitik leisten kann und leisten soll: nämlich die behutsame, schrittweise Weiterentwicklung eines Sockels konkreter verbindlicher Mindeststandards für Arbeitnehmer in einem pragmatischen, an dem Machbaren und Konsensfähigen ausgerichteten Vorgehen.

Die europäische Sozialpolitik muß die Leistungsfähigkeit aller Mitgliedstaaten berücksichtigen; kein Mitgliedstaat darf überfordert oder zum Abbau sozialer Rechte gezwungen werden; deshalb sind faire, ausgewogene Mindeststandards das richtige Konzept gemeinschaftlicher Rechtsetzung. Damit können Befürchtungen der Arbeitnehmer vor Sozialabbau und Sozialdumping in der Union entgegengewirkt werden.

Die EntschlieÙung bekennt sich zur strikten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und der Beachtung des Gebotes der Verhältnismäßigkeit bei Eingriffen der EU in das nationale Recht.

Sie stellt daher eine klare und eindeutige Absage an den häufig praktizierten Regelperfektionismus in Richtlinien dar; sie legt ausdrücklich fest, daß zukünftige Richtlinien flexibel sein sollen, sich ihr Regelungsbereich auf wichtige Kernpunkte beschränken und den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern notwendige und angemessene Freiräume bei der

Umsetzung in das nationale Recht einräumen müssen, die den jeweiligen nationalen Bedürfnissen Rechnung tragen.

So, wie es die Kommission in ihrem Weißbuch zur Sozialpolitik ausdrückt, legt auch diese EntschlieÙung den Schwerpunkt auf eine allmähliche Konvergenz der nationalen Arbeits- und Sozialsysteme anstelle ihrer Vereinheitlichung.

Großbritannien konnte der EntschlieÙung wegen ihres klaren Bekenntnisses zu einem weiteren Ausbau von Mindeststandards dennoch letztlich nicht zustimmen. Sie wurde daher von den elf Mitgliedstaaten verabschiedet, die auch das Sozialprotokoll und das Abkommen der Elf zur Sozialpolitik tragen.

Die EntschlieÙung ist aber gleichwohl keine Absage an eine europäische Sozialpolitik zu zwölfen, sondern bekennt sich ausdrücklich dazu, daß die Rechtsgrundlagen des Abkommens der elf über die Sozialpolitik erst dann angewendet werden, „wenn alle Möglichkeiten und Wege einer Einigung aller zwölf Staaten ausgeschöpft sind“. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Wir lassen uns nicht entmutigen. Das heißt aber auch, daß wir nicht bereit sind, es Großbritannien zu leicht zu machen, aus diesem gemeinsamen Boot auszusteigen.“

Der Minister erinnerte daran, daß die Bundesregierung der Kommission zehn Vorschläge für soziale Mindeststandards unterbreitet hat; er wies weiter darauf hin, daß das Konzept eines weiteren Ausbaus sozialer Mindeststandards in der Gemeinschaft vom Europäischen Parlament und auch von den Gewerkschaften getragen wird. ▶

Kohlepfennig: Bundesregierung wird das Urteil sorgfältig prüfen

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Kohlepfennig erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl:

Die Bundesregierung bedauert die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Kohlepfennig zur Finanzierung des Einsatzes deutscher Steinkohle in Kraftwerken für mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärt wird. Selbstverständlich respektiert die Bundesregierung die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts.

Die Bundesregierung begrüßt gleichzeitig die vom Verfassungsgericht ermöglichte Übergangsregelung, wonach diese Abgabe noch bis zum Ende des Jahres

1995 erhoben werden kann. Hiermit ist sichergestellt, daß der 1995 auslaufende Jahrhundertvertrag ordnungsgemäß zu Ende geführt werden kann. Dies sichert dem deutschen Steinkohlebergbau auch im kommenden Jahr den bisherigen Verstromungsabsatz und damit die entsprechenden Arbeitsplätze für die Bergleute.

Die Bundesregierung wird das Urteil sorgfältig prüfen. Sie wird danach unverzüglich Gespräche mit der Industriewerkschaft Bergbau und Energie, den Bergbauunternehmen sowie den Ländern aufnehmen mit dem Ziel, für den Zeitraum ab 1996 eine neue, tragfähige Finanzierungsregelung für die Verstromung deutscher Steinkohle zu schaffen.

Katalog der im Grünbuchbeitrag der Bundesregierung vorgeschlagenen Mindeststandards:

1. Gebot der Gleichbehandlung bei Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen
2. Verbot der Benachteiligung des Arbeitnehmers, der seine Rechte (Beschwerde, Klage) wahrnimmt oder unzulässige Arbeitsaufträge verweigert
3. Recht des Arbeitnehmers auf Anhörung in betrieblichen Angelegenheiten, die seine Person betreffen
4. Schutz der Persönlichkeit des Arbeitnehmers, insbesondere bei der Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe von Arbeitnehmerdaten
5. Grundsätze eines angemessenen Kündigungsschutzes
6. Grundsatz, daß kein Arbeitnehmer

der Gemeinschaft im Arbeitsleben wegen seines Geschlechts gegenüber anderen benachteiligt werden darf; hierbei sind spezifische Vergünstigungen zum Ausgleich von Benachteiligungen zulässig.

7. Grundsätze einer angemessenen Entgeltfortzahlung an Feiertagen und im Krankheitsfall
8. Regelung der Zusammenarbeit der Behörden bei grenzüberschreitender Leiharbeit
9. Eingliederung Behinderter in das Arbeitsleben
10. Einrichtung einer flächendeckenden, unparteiischen, unentgeltlichen Berufsberatung und Arbeitsvermittlung

Bundesminister Jochen Borchert:

Kein Grund zur Entwarnung: Der Wald ist nach wie vor gefährdet

Die Bundesregierung hat am 7. Dezember den Waldzustandsbericht 1994 beraten. Mit ihm stelle ich die Ergebnisse der elften bundesweiten Waldschadenserhebung vor. Sie lauten:

- Der Wald ist nach wie vor gefährdet;
- die Schäden haben das hohe Niveau der Vorjahre beibehalten.
- Jeder vierte Baum ist deutlich geschädigt.
- Im Vergleich mit 1993 stieg der Anteil der Bäume mit deutlichen Schäden um einen Prozentpunkt auf 25 Prozent.

Nachdem sich in den letzten Wochen schon viele Verbände und Organisationen zu den Einzelheiten der Daten geäußert haben, die von den Bundesländern erhoben worden sind, will ich mich damit kurz fassen:

1. Am stärksten betroffen sind die Eichen: 45 Prozent davon fallen in die Schadklasse 2 bis 4; das heißt, sie hatten zur Zeit der Erhebung Anfang August über 25 Prozent weniger Blätter, als ihrer normalen Belaubung entspricht, und sind damit deutlich geschädigt. Bei den Buchen waren dies 32, bei den Fichten 24 und bei den Kiefern 20 Prozent. Während sich die Fichten gegenüber 1993 um zwei Prozentpunkte verschlechtert haben, blieb das jeweilige Schadniveau bei Kiefer, Buche und Eiche insgesamt gleich.

2. Diese Durchschnittszahlen überdecken allerdings regional unterschiedliche Schadzustände und teilweise gegenläufige Entwicklungen. Relativ gering ist der Anteil deutlich geschädigter Bäume in

Mecklenburg-Vorpommern. Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Werten zwischen elf und 17 Prozent. Hohe Anteile deutlich geschädigter Bäume finden sich in Thüringen mit 45, Hessen mit 38 sowie in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen mit Werten zwischen 25 und 30 Prozent.

3. In den neuen Bundesländern, wo Daten erst seit 1990 vorliegen, verringerten sich die deutlichen Schäden seit von 36 auf nunmehr 23 Prozent. Seit dem letzten Jahr sind sie besonders stark zurückgegangen in Mecklenburg-Vorpommern (um zehn Prozentpunkte auf elf Prozent) und in Sachsen-Anhalt (um 15 Prozentpunkte auf 18 Prozent).

Für mich steht im Vordergrund die Frage nach der Bedeutung der neuartigen Waldschäden. Konkrete Vorhersagen über ihre Entwicklung sind nicht möglich. Beruhigend ist, daß Bäume sich unter günstigen Voraussetzungen erholen können. Beunruhigend sind Meldungen aus der Forschung darüber, zu welchen Vorgängen die jahrzehntelang andauernden Säure- und Stickstoffeinträge in den Waldboden geführt haben. Ich teile die Einschätzung der Wissenschaftler, daß Katastrophenstimmung nicht angesagt ist. Andererseits besteht aber kein Grund zur Entwarnung.

Was ist zu tun?

Die wesentlichen Handlungsschwerpunkte, die uns auch von der Wissenschaft empfohlen worden sind, lassen sich kurz so zusammenfassen:

● **Luftreinhaltung.** Hier kann jeder einzelne Bürger etwas tun, sei es bei seiner Heizung, beim Auto oder bei sonstigen Konsumgewohnheiten. Viel ist bereits geschehen. Das zeigen der erhebliche Rückgang der Emissionen von Schwefeldioxyd und die Erfolge bei der Minderung von Stickstoffoxyden und Ammoniakemissionen. Die Schwefeleinträge in den Boden haben sich deutlich verringert. Dennoch sind sie auf vielen Standorten nach wie vor zu hoch.

● **Flankierende forstliche Maßnahmen.** Sie sind ein weiteres Element zur Stabilisierung der Waldökosysteme. Zur Förderung von Bodenschutzkalkung, Vor- und Unterbau in immissionsschädigten Waldbeständen sowie deren Wiederaufforstung haben Bund und Länder seit 1984 insgesamt 531 Millionen Mark aufgewandt. In dieser Zeit wurden auf rund 1,8 Millionen Hektar bzw. etwa 17 Prozent der gesamten Waldfläche Bodenschutzkalkungen bzw. Kompensationsdüngung durchgeführt.

● **Waldschadensforschung und regelmäßige Überwachung des Waldzustandes.** Es ist wichtig, über den Zustand unserer Wälder aktuell informiert zu sein. Deshalb muß die Schadenserhebung Jahr für Jahr fortgeführt werden. Eine wertvolle Ergänzung dazu bildet die Bodenzustandserhebung im Wald, die gegenwärtig läuft, aber noch nicht in allen Bundesländern abgeschlossen ist.

● **Erhaltung einer möglichst großen genetischen Vielfalt von Baum- und Strauchar-**

ten. Ihre Bedeutung wird weiter zunehmen; denn sie ist eine Voraussetzung für die Anpassungsfähigkeit an veränderte Umweltbedingungen und für das Überleben der Waldökosysteme. Eine schon 1985 gegründete Bund/Länder-Arbeitsgruppe koordiniert die Maßnahmen vor allem zur Erhebung von Baumartenvorkommen und deren Erhaltung. Bislang konzentrieren sich die Maßnahmen auf ca. 60 Baumarten. Darüber hinaus werden in Genbanken Saatgut und Pollen vieler Baum- und Straucharten gelagert. Künftig sollen auch stärker einheimische Straucharten bearbeitet werden.

In den letzten Wochen ist nicht nur viel über den Waldzustand gesprochen und geschrieben worden, sondern noch mehr über die notwendige Sicherung des Wirtschafts- und des Agrarstandortes Deutschland. Für mich ist es ebenso wichtig, Deutschland als Wald-Standort zu sichern und zu erhalten. Es tut uns gut, daß unser Land zu nahezu einem Drittel — 30 Prozent — mit Wald bedeckt ist. Auch wenn sich Anteil und Zusammensetzung des Waldes in den einzelnen Bundesländern stark unterscheiden, was schon durch die natürlichen Gegebenheiten bedingt ist, so hat er für uns alle eine wichtige gesellschaftliche, wirtschaftliche und vor allem auch ökologische Bedeutung. Sie wird eher zu- als abnehmen. Ich sehe meine Aufgabe darin, dafür zu sorgen, daß wir der kommenden Generation ein funktionierendes Ökosystem Wald übergeben können. ■

In Deutschland konnten die Schwefeldioxid- und Stickstoff-Emissionen in den vergangenen Jahren erfolgreich reduziert werden. Aber nun muß die deutsche Luftreinhaltepolitik verstärkt über die Europäische Union auch nach West- und Osteuropa getragen werden. Die europäischen Forstminister sind aufgefordert, die grenzüberschreitenden Schadstoffströme zu bekämpfen. Gerade die neuen EU-Mitglieder Schweden und Finnland sollen hier ein starkes Eigeninteresse haben.

Georg Fahrenschon, umweltpolitischer Sprecher der Jungen Union

Michael Panse neuer Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands

Der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands hat den Vorsitzenden der Jungen Union Thüringens, Michael Panse, zum neuen JU-Bundesgeschäftsführer gewählt. Panse wird dieses Amt zum 1. Januar antreten.

Nach der Wahl erklärte der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher: Der Bundesvorstand hat sehr bewußt eine Entscheidung für einen Geschäftsführer aus den neuen Bundesländern getroffen. Wir wollen die weitere Entwicklung der Landesverbände der JU im Osten Deutschlands zu einer vorrangigen Aufgabe machen, weil wir uns als wirklich gesamtdeutsche Jugendorganisation von CDU und CSU verstehen. Gemeinsam mit den fünf Mitglie-

dern aus den jungen Ländern im 19köpfigen Bundesvorstand wird Michael Panse zukünftig seine in der JU Thüringen geleistete erfolgreiche Arbeit gesamtdeutsch fortführen.

Der 28jährige Panse tritt die Nachfolge des bisherigen JU-Bundesgeschäftsführers Axel Wallrabenstein an, der beruflich in die sächsische Landeshauptstadt Dresden wechselt. Der Thüringer ist damit der erste Geschäftsführer einer politischen Jugendorganisation in Deutschland aus den jungen Bundesländern.

Auch die Wahl des Ostberliners Michael Hahn zum Vorsitzenden der Internationalen Kommission der Jungen Union ist ein Signal zur stärkeren Vertretung von Ostdeutschen in den Führungspositionen der JU.

Die Erblast Ost

Unter diesem Titel hat Günter Goetzendorff eine „Kritische Chronik der deutschen Einheit“ (so der Untertitel) geschrieben, die mit dem September 1989 beginnt und bis Herbst 1993 reicht.

Der Bundestagsabgeordnete der ersten Stunde (1949 bis 1953) hat die Ereignisse jeden wichtigen Tages notiert und mit zahlreichen Fakten, Zahlen sowie eigenen Eindrücken angereichert. Wer nach Einzelheiten sucht, z. B. wie sich die Scharfmacher der SED in die Salonsozialisten der PDS verwandelten, wird ausreichend

Material in dieser Art von Tagebuch finden.

Rudolf Seiters hat deshalb über das Buch geschrieben: „Eine höchst interessante Lektüre und ein Nachschlagewerk, das gespeist ist aus der tiefen Erfahrung seines Autors.“

Wolfgang Schäuble: „Aus langer Erfahrung den schwierigen Weg zur Einheit kommentierend nachgezeichnet.“

Günter Goetzendorff: Die Erblast Ost — Kritische Chronik der deutschen Einheit. Frankfurt am Main: Verlag Haag und Herchen, 488 Seiten, 49,80 DM.

Bestellschein

- Geschichte der **CDU**

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75

53113 Bonn

.....
CDU-Verband

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
Plz., Ort

Telefax: 0228 / 544-341

Ja, ich bestelle:

.....Expl **"Geschichte der CDU 1945 - 1982"**

v. Hans -Otto Kleinmann, Hrsg. von Günther Buchstab, Stuttgart 1993. 544 Seiten
zum Preis von DM 29,- /je Expl. incl. MwSt. zzgl. Versand

.....
Datum,

.....
Unterschrift

Nächstes Jahr: 50 Jahre CDU

Geschichte der CDU. In der Deutschen Verlags-Anstalt ist ein Buch erschienen, das für die Arbeit der Partei von großem Interesse ist:

Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945—1982. Herausgegeben von Günther Buchstab. Dieses Buch behandelt nicht nur die Geschichte der CDU von ihrer Gründung bis zur Kanzlerwahl Helmut Kohls, es widmet auch der CDU als Europapartei ein eigenes Kapitel. Durch sein ausführliches Namens- und Sachregister ist dieses Buch als Nachschlagewerk für und über unsere Partei besonders geeignet. — Bestellungen zum Aktionspreis von 29,— DM bitte ausschließlich mit dem o. a. Bestellschein.

Unser Medaillenangebot

● Kanzler-Medaille Konrad Adenauer/ Helmut Kohl

Feinsilber 999, 40 mm Durchmesser, 26 g, oxydiert, handpatiniert, anlaufgeschützt, incl. Etui und MwSt à 98,80 DM — für CDU-Gliederungen Sonderpreis: à 80 DM, zuzüglich Porto und Verpackung.

Bronze, 50 mm Durchmesser, 43 g, handpatiniert, anlaufgeschützt, incl. Etui und MwSt à 23,80 DM, zuzüglich Porto und Verpackung.

● 10 Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl-Medaille

Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 g, incl. Etui und MwSt à 80 DM zuzüglich Porto und Verpackung.

Bronze, 50 mm Durchmesser, 38 g, incl. Etui und MwSt à 23,80 DM zuzüglich Porto und Verpackung.

● Konrad-Adenauer-Gedenkmedaille zum 25. Todestag



Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 g, incl. Etui und MwSt à 80 DM zuzüglich Porto und Verpackung.

Bronze, 50 mm Durchmesser, 38 g, incl. Etui und MwSt à 23,80 DM zuzüglich Porto und Verpackung.

● Baumeister-Medaille 40 Jahre Bundesrepublik/40 Jahre Währungsreform

Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 26 g, incl. Etui und MwSt à 80 DM zuzüglich Porto und Verpackung.

Bronze, patiniert, 50 mm Durchmesser, 48 g, incl. Etui und MwSt à 23,80 DM zuzüglich Porto und Verpackung.

Bronze, patiniert, 40 mm Durchmesser, 26 g, incl. Etui und MwSt à 16,50 DM zuzüglich Porto und Verpackung.

**Bestellungen bitte bei:
Bonner Werbe-GmbH,
Postfach 2449,
53014 Bonn,
Tel.: (02 28) 53071 13,
Telefax: (02 28)
53071 18.**

Bundesverdienstkreuz für Klaus E. Bregger

Der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Klaus E. Bregger, hat in Stuttgart das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel nahm die Ordensverleihung vor und bezeichnete in seiner Würdigung den Singener Kaufmann als einen „Mittelständler aus Überzeugung“.

Werbemittel zur Weihnachtszeit

● Advents- und Weihnachtsliederbuch

Trotz aller moderner HiFi-Anlagen und CD-Player ist Weihnachten nach wie vor das Fest, bei dem am meisten im Kreise der Familie gemeinsam gesungen wird. Doch Hand auf's Herz! Kennen Sie alle Texte auswendig?

Bestell-Nr. **2867**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 18,75 DM



Advents- und
Weihnachts-
lieder

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

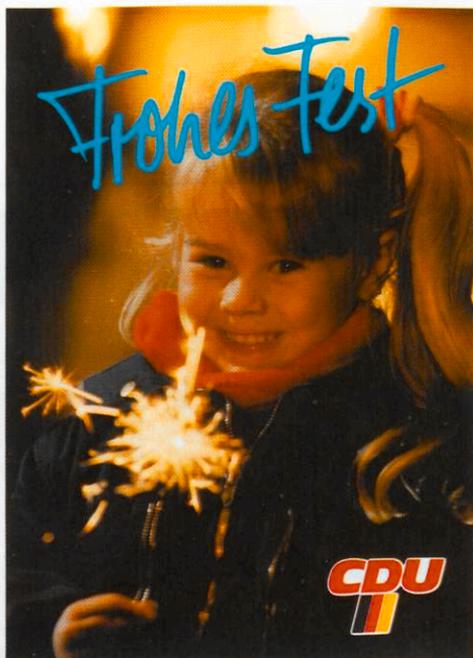
Postfach 1164

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 54 69,

4 15 21 und 4 28 20

Preise zuzüglich MwSt., inklusive Versand



● Weihnachtspostkarte

Bestell-Nr.: **9453**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 9,90 DM.



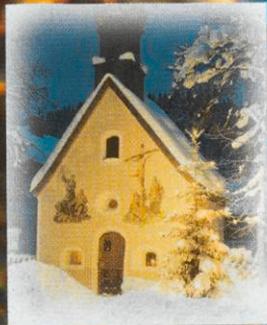
● Geschenkpapier

Bestell-Nr.: **9592**

Verpackungseinheit: 20 Bogen

Preis je 20 Bogen: 19,60 DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



FROHE WEIHNACHTEN UND EIN GLÜCKLICHES 1995

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

40/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53119 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-189. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-50 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.